

## Die UNESCO und die Medien

### ÜBERBLICK ÜBER DAS UNESCO-PROGRAMM KOMMUNIKATION UND INFORMATION

**Förderung der Pressefreiheit, Informationszugang, neue Medien und die ethischen und soziokulturellen Herausforderungen der Informationsgesellschaft - dies sind die Schwerpunkte des Kommunikationsprogramms der UNESCO.**

Seit einigen Jahren wendet die UNESCO ihr Augenmerk verstärkt auf die gesellschaftlichen, kulturellen, rechtlichen und ethischen Folgeprobleme der neuen Medientechnologien. Stichworte sind hier Informationsethik und Förderung von Medienkompetenz. Das Programm „Information for All“ (IFAP) befasst sich mit der digitalen Kluft zwischen armen und reichen Ländern der Erde, Mehrsprachigkeit im Internet, Urheberrechtsfragen und „fair use“. Beim „fair use“ geht es um eine Balance zwischen den Interessen der Rechteinhaber (Autoren, Medienindustrie) und dem öffentlichen Interesse am Zugang zur globalen digitalen Kommunikation. Deutschland ist Mitglied im Zwischenstaatlichen Rat des Programms.

Mit dem Internationalen Programm zur Kommunikationsentwicklung (IPDC) unterstützt die UNESCO die Ausbildung von Journalisten, die Gründung von Zeitungen, Radiostationen und Nachrichtenagenturen in den Entwicklungsländern.

Die UNESCO setzt sich weltweit für die Förderung der Medienfreiheit ein, dies besonders in Kriegs- und Konfliktregionen. Auf Vorschlag der UNESCO hat die UNO-Generalversammlung 1991 den Internationalen Tag der Pressefreiheit am 3. Mai ausgerufen. Er

soll an die Verletzung von Informations- und Freiheitsrechten in vielen Staaten der Welt erinnern. An diesem Tag wird seit 1997 der UNESCO/Guillermo Cano-Preis für Pressefreiheit verliehen.

Informationstechnologie als Entwicklungsfaktor ist der Leitgedanke im Bereich der Informatik. Hier setzt die UNESCO auf die Ausbildung der Anwender und Spezialisten. Informatik wird in alle Bereiche der Erziehung, Berufsbildung und Fortbildung einbezogen.

Weitere Informationen auf der Homepage der Deutschen UNESCO-Kommission:  
[www.unesco.de](http://www.unesco.de)

*Deutsche UNESCO-Kommission*

*Radio von Hörern für Hörer:  
„Reporter“ im Rahmen eines solchen  
Projektes in Kenia  
(Foto: EED)*



## Forum: Informationsfreiheit international

### ZUM WELTGIPFEL IN GENÈVE

**Wichtige Beschlüsse zum Schutz der Informations- und Meinungsfreiheit, zur Garantie der Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien und gegen ihren Missbrauch wurden auf dem UN-Gipfel über die Informationsgesellschaft vom 10. – 12. Dezember 2003 in Genf gefasst. Allerdings blieben auch einige Fragen in Bezug auf Informationsfreiheit, Zugangs- und Nutzungsrechte offen. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) ist der erste zweigeteilte Gipfel in der UN-Geschichte und wird 2005 in Tunis fortgesetzt.**

#### Gipfelerfolge

Zufriedenheit zeigte sich schon am Vorabend des ersten UN-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft. Das drohende Scheitern war abgewendet worden: Die einschlägigen Menschenrechte – das Recht auf Meinungsfreiheit und auf die „Weitergabe von Informationen und Ideen durch jede Art von Medien ohne Beschränkung durch die Staatsgrenzen“ – waren in die Gipfeldokumente aufgenommen worden. Der Aktionsplan sah die Entwicklung nationaler Gesetzgebungen vor, die „die Unabhängigkeit und die Vielfalt der Medien garantiert“; damit waren auch die traditionellen Massenmedien und das Konzept kultureller Vielfalt eingebaut worden. Der Schutz des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft wurde in der Grundsatzklärung ebenso festgeschrieben wie der für die Kreativität einer Gesellschaft notwendige gesellschaftliche Zugang zum Wissen, das „knowledge sharing“. Schließlich hatte sich die Europäische Union hinsichtlich der Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zu Gesetzen in Bezug auf die Medien – Massenmedien wie Internet – durchsetzen können, um gegen „Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Intoleranz, Hass, Gewalt, alle Formen von Kindesmissbrauch, Pädophilie, Kinderpornographie und Menschenhandel“ vorgehen zu können. Qualitative Standards und die Bindung an gesellschaftliche Werte bestimmten damit weit mehr als ursprünglich gedacht das Ergebnis des Weltgipfels.

#### Mühsame Kompromisse

Allerdings: Es gibt auch die Liste der mühsamen Kompromisse. Garant eines erfolgrei-

chen Genfer Gipfels war in diesen Fällen zumeist die Vertagung in eine UN-Kommission bis zur zweiten Gipfelrunde in Tunis 2005. Zu den besonders strittigen Themen, wo dies geschah, zählte das Management des Internet. Nicht allein China, auch andere autoritär geführte Staaten begehren das Netz zu überwachen, was gleichbedeutend mit ihrem Interesse ist, die Kontrolle des Internet der privaten amerikanischen Organisation ICANN – die einmal als erste internationale Selbstregulierungsinstanz startete – zu entziehen und einer zwischenstaatlichen Organisation zu übertragen. Von dem „legitimen Interesse“ der Regierungen, an der Aufsicht über das Netz beteiligt zu sein, sprach auch EU-Kommissar Erkki Liikanen. Der Kompromiss zwischen liberalen und autoritären Staaten bestand zuletzt darin, das heikle Thema einer UN-Kommission „Internet-Governance“ zu übertragen und bis Tunis zu vertagen. Ein wachweicher Kompromiss kennzeichnete auch das Thema Software. Die USA setzten sich dabei offensichtlich zugunsten ihres weltbeherrschenden Konzerns Microsoft Corporation durch. Der Alternative „Free Software“, der im Blick auf die tatsächliche Informationsfreiheit, Zugangs- und Nutzungsrechte gerade in den ärmsten Ländern hohe Bedeutung zukommt, wurde im Text schließlich gleichberechtigt die „proprietäre“ Software zur Seite gestellt. Microsoft Corporation bedankte sich postwendend mit einer Spende von „hunderttausenden Dollar“ für die Bereitstellung von Computern und Internet-Anschlüssen in Afrika. Aufschiebende Wirkung hatte auch die Entscheidung zur Frage der Einrichtung eines digitalen Solidaritätsfonds, eine Forderung der Schwellenländer, der G21, wie der G90, der ganz Armen. Wer nicht an der digitalen Entwicklung teilnimmt, so argumentieren sie, wird in zunehmendem Maße von Informationen, den Bausteinen der Wissensgesellschaft, ausgeschlossen. Und er kann die Kosten- und Effizienzvorteile, die mit Computer und Telekommunikation entstehen, nicht wahrnehmen. Also müsse ein Ausgleich her zur Überbrückung des digitalen Grabens und zum Ausbau der Infrastruktur des Südens. Die Unterzeichnerstaaten bestätigten zwar die Notwendigkeit, internationalen Ungleichgewichten zu begegnen. Japan, Europa und die USA lehnten einen Fonds jedoch ab; sie wollen zunächst einen Ausgleich anderer Art in Form der Durchsetzung internationaler Stan-

dards für Aufsicht und Transparenz, die Herrschaft des Rechts sowie wettbewerbsfördernde Bedingungen verwirklicht sehen. Auch für diese Frage, so der notdürftige Kompromiss, soll der UN-Generalsekretär eine TASK FORCE einrichten zur Ausarbeitung von Empfehlungen bis zum Gipfel in Tunis 2005.

### Gemeinsamer Lernprozess

170 Staaten waren in Genf vertreten, 40 Staats- und Regierungschefs, 16 000 Menschen. An der Vorbereitung der Ergebnisse waren erstmals in der UN-Geschichte die Verbände von Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligt. Quer durch alle Gruppierungen ging der Streit um die Informationsfreiheit, die Zugangs- und Nutzungsrechte, jene Prinzipien also, auf deren Pfeilern die künftige Informationsgesellschaft global ruhen soll. Annäherungen bei diesem mühsamen gemeinsamen Lernprozess sind nicht zu übersehen.

- Im Laufe des Prozesses der Vorbereitung hat sich der Schwerpunkt des einhergehenden internationalen Diskurses von „Information“ (und ihren technischen Voraussetzungen) zu „Gesellschaft“ (und ihren politischen Rahmenbedingungen) verschoben. Unvorhergesehen für manche Regierung war Genf damit kein Nord-Süd-Gipfel, sondern ein Gipfel, der die gesellschaftlichen Bedingungen künftiger Entwicklung *aller* Staaten weltweit betraf.
- Die Vision dieser Gesellschaft des 21. Jahrhunderts zeichnet sich nach Genf durch gleiche Standards für die Massenmedien und die Neuen Medien aus, die analoge und die digitale Welt; die Entwicklung eines Staates lässt sich daran festmachen, ob in ihm vier demokratische Prinzipien verwirklicht sind, das Recht auf freie Meinungsäußerung, grenzüberschreitender Zugang zum Wissen, gleiche Bildungschancen und die politisch eröffnete Möglichkeit, kulturelles und sprachliches Erbe bewahren und entwickeln zu können.
- Bei der Kernfrage des Zugangs allerdings stehen sich Konzerne in ihrem Interesse, Information als Ware weltweit zu vermarkten – Software wie Inhalte, Patente und Dienstleistungen – und manche Staaten mit ihrem Interesse an inhaltlicher Kontrolle und hoheitlicher Überwachung gelegentlich in ihren Stoßrichtungen befremdlich nahe.

### Internet und internationale Machtpolitik

Die Internet-Ära begann mit hochfliegenden Phantasien von Freiheit, Gleichheit und Selbstregulation, schrieb die Neue Zürcher Zeitung am letzten Konferenztag in einer bemerkenswerten Analyse. Regierungen waren nicht willkommen. Mittlerweile aber habe die Wirklichkeit internationaler Machtpolitik auch das Internet eingeholt, es dauerte keine zehn Jahre. Regierungen seien auf dem Weg, sich das Internet zu unterwerfen. Die politische Regionalisierung des Netzes sei in vollem Gange, unterstützt von kommerziellen Interessen, die bei Bedarf auch die Zensurtechnologie lieferten. ICANN suche inzwischen offen die Nähe zu Regierungen, weil sie den internationalen Privatsektor nicht in den Griff bekomme. Das digitale Informationsnetz geht damit ganz offensichtlich den Weg anderer Medien. Und gegen Begehrlichkeiten der Schwellenländer zeigten Europäer und die USA Mechanismen eines „amerikanisch-europäischen Globalismus“ („G2“), wie er auch in der Welthandelsorganisation WTO anzutreffen sei.

„Die wiederkehrende Frage lautet“, schrieb Joseph Hanimann im November in der FAZ, „gedeiht kulturelle Vielfalt“, – gedeiht Entwicklung, könnte man hinzufügen – „am besten im Wirbel größtmöglicher Grenzöffnung, wie das Liberalisierungslager meint, oder wird sie von diesem Sog gerade erdrückt?“ Im Süden geben Erfolgsländer wie Korea, Thailand oder Malaysia eine Antwort. Auch die Kerneuropäer sind sich bei der Antwort gelegentlich ungewöhnlich einig. Aber diese Einsicht ins Internationale zu übersetzen, scheint bislang weder bei der WTO noch beim Gipfel gelungen. Hier greift die Habermas'sche Unterscheidung vom verschleierte Konflikt zwischen Diplomatie und Moral. Seine Aufhebung hieße: Deutschland und Europa profilieren ihre Politik am eigenen Credo und setzten sie international konzentriert um – bei der WTO, der UNESCO, den Vereinten Nationen und dem weiteren Gipfelprozess.

**Dr. Verena Metze-Mangold**  
**Vizepräsidentin der Deutschen**  
**UNESCO-Kommission**

## Hilfe über den Äther

### LOKALE RADIOPROGRAMME ALS ANWÄLTE FÜR JUGENDLICHE IN VIELEN TEILEN DER WELT

**Nachbarschaftssender und Radiosender von Jugendlichen für Jugendliche übernehmen in Ländern des Südens oft wichtige Aufgaben. Sie greifen Themen wie Aids, Sexualität, Gewalt in der Ehe etc. auf, informieren, klären auf, bieten Hilfestellungen an, bringen Betroffene miteinander ins Gespräch und tragen zur Meinungsbildung bei. Sie fördern auch das Demokratieverständnis und informieren die Menschen über ihre Bürgerrechte. Entscheidend ist die Unterstützung nichtkommerzieller Sender, die mit zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Problemen zu kämpfen haben, durch Hilfsorganisationen.**

Es ist August 2002, morgens um halb acht, beste Sendezeit in Kenia. Auf dem Schulweg mit den „Matatus“, Kenias bunt bemalten Kleinbussen, hören die Jugendlichen im nationalen Radiosender „Citizen“ diesmal keine Musik aus den Charts. Die folgende halbe Stunde widmet sich einem Problem, das Afrikas junge Generation täglich bedroht und gerade darum bei den Unterhaltungsmedien wenig populär ist: die Immunschwächekrankheit Aids.

#### Kenia: Thema Aids im Radio

Das Programm ist keine Sondersendung. Von Montag bis Mittwoch gibt es jeden Morgen auf Radio „Citizen“ von und mit Jugendlichen Expertengespräche, Hörerforen und Straßeninterviews zum Thema Aids und Sexualität.

Kenias Jugendliche trifft die Immunschwächekrankheit besonders, denn die meisten Aids-kranken gehören zur Generation ihrer Eltern. Wenn diese im Sterben liegen, bricht auch das Einkommen der Familien weg. Immer mehr Jugendliche wachsen bitterarm als Waisen auf. Die Prognose für sie ist schlecht: Nach Schätzungen von UNICEF wird sich die Zahl der Aids-Waisen südlich der Sahara bis 2010 von heute elf auf 20 Millionen verdoppeln.

Das Problem Aids, das in Kenia über Jahre als Tabu behandelt wurde, zum Gegenstand eines Radioprogramms zu machen, war ein echtes Risiko, doch läuft das Programm noch heute gut, Hörer rufen an, Bands und DJs sind im Studio, Jugendliche produzieren Jingles zum Thema und schieben die Regler. Sie sprechen mit ihren Altersgenossen am Telefon, wo die Anonymität schützt: „Wer hilft mir, damit

*ich weiter zur Schule gehen kann, wo meine Mutter erkrankt ist? Wie wahrscheinlich ist es, dass ich auch erkrankte? Was für Vorteile soll es haben, seine Krankheit nicht lieber vor Freunden und Nachbarn zu verstecken? Wie soll ich damit weiterleben?“*

Um in der Situation Hilfe zu bekommen und zu erfahren, wer sich vor Ort um Aids-waisen kümmert, aber auch um mehr zum Risikoverhalten zu lernen, sind lokale Medien von zentraler Bedeutung. Mit dem Radio soll das erreicht werden, was Plakate und Zeitungsartikel nicht bewirken können: miteinander ins Gespräch zu kommen und sich gemeinsam eine Meinung zu bilden.



*Im Studio des Radiosenders Uqui Tinamit (Stimme des Volkes) in San Miguel Chicaj, Guatemala: hier moderieren auch Kinder mit (Foto: EED/Wilkens)*

#### Ortswechsel: Chile

In den vielen kleinen Gemeinden um die chilenische Industriestadt Concepcion schießen kleine, sogenannte „Nachbarschaftssender“ aus dem Boden. Wenn der Sender „Radio Voz de la Mujer“ aus einer umgebauten Scheune auf Sendung geht, ist es auf den Straßen im Barrio Norte still. Radio Voz de la Mujer wendet sich an Frauen und Mädchen, aber auch die Männer lauschen gespannt, wenn im Radio freizügig über Sexualprobleme, Treue und Gewalt in der Ehe diskutiert wird. Es sind Themen der chilenischen Gegenwart, in der die innerfamiliäre Gewalt ein großes Problem darstellt. Beratungsstellen

sind wenig bekannt, eine Rechtsbeihilfe für die meisten unerschwinglich.

Sich gemeinsam einen Überblick verschaffen und die eigene Meinung zum Ausdruck bringen, über Möglichkeiten und Chancen, Rechte und Pflichten auf dem Laufenden zu sein – dabei zu sein, wenn es um wichtige Entscheidungen im eigenen Land geht, sind die Ziele solcher Radioprogramme.

### Probleme nichtkommerzieller Sender

In den ländlichen Gebieten vieler Entwicklungsländer wird das Radio häufiger genutzt als Tageszeitungen, Fernsehen oder das Internet. Tageszeitungen sind teuer und in entlegenen Regionen nicht zu bekommen. Doch auch lokale Radioprogramme, die auf die Interessen der Region und ihrer Bevölkerung eingehen wollen, kosten Geld, müssen der Konkurrenz der meist privaten Radioketten großer Medienunternehmen trotzen und werden häufig von der Regierung ihrer Länder kritisch beäugt.

In Chile beispielsweise gibt es ein Gesetz, das die Reichweite der nichtkommerziellen Sender auf 1 Watt beschränkt – das reicht gerade einmal für ein Dorf mit einem Radius von wenigen Kilometern. Das hindert zahlreiche Jugendinitiativen nicht, ihr Glück zu versuchen und eine Lizenz zu beantragen. Für weniger als 1000 Euro kann ein solches „Nachbarschaftsradio“ aufgebaut werden, aber um ein gutes Programm auf die Beine zu stellen, fehlt den meisten das Geld und Knowhow.

### Hilfen und Perspektiven

Hilfsorganisationen wie etwa der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) in Bonn unterstützen darum Medienprogramme, die zum Demokratieverständnis beitragen, die Menschen über ihre Bürgerrechte informieren, auf die Probleme der Region eingehen und deren Sprache sprechen. Mit der Unterstützung von außen gelingt es den Radiosendern zuweilen auch, gegen den Strom zu schwimmen: Während zu Beginn der 80er Jahre in Peru ein blutiger Bürgerkrieg begann, gelang es dem nationalen Radiodachverband CNR über Jahre, trotz massiven politischen Drucks die kritische Berichterstattung aufrechtzuerhalten.

Nach neuesten Schätzungen von UNICEF gehen weltweit 65 Millionen Mädchen und 56 Millionen Jungen im Grundschulalter nicht zur Schule. Für die internationale Staatengemeinschaft, aber auch für die Kirchen ist es eines der wichtigsten Ziele in den nächsten

Jahren, dort Abhilfe zu schaffen. Für diejenigen, die die Schulbildung nicht mehr nachholen können, sind lokale Radiostationen eine wichtige Quelle für Informationen.

Dass Zugang zu Wissen und Information eine wichtige Eingangsvoraussetzung für Entwicklung und Zukunftschancen ist, damit haben sich im Dezember 2003 auch die Vereinten Nationen auf dem „Gipfel zur Informationsgesellschaft“ (WSIS) beschäftigt (s. S. 14f. dieses Heftes). Dabei wurde auch diskutiert, ob ein sogenannter „Solidaritätsfonds“ für die Nutzung traditioneller und digitaler Medien eingerichtet werden soll. Die reichen Länder der internationalen Staatengemeinschaft würden dann gemeinsam in einen Topf zahlen, damit arme Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika in allen Schulen Zugang zum Internet schaffen und lokale Medien wie die Radiosender weiterhin existieren können. Bis zum 2. UN-Informationsgipfel in Tunis im Jahr 2005 soll erkundet werden, ob ein solcher Solidaritätsfonds Chancen hat.

**Ilonka Boltze**  
*Pressesprecherin des Evangelischen  
Entwicklungsdienstes*



*Radio von Hörern für Hörer (Foto: EED)*